

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Beile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brön. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.



❖ Jahreswende ❖

Wer trauert um das, was verloren ist,
Um das, was gestorben und tot?
Ein Neues kommt, das die Fahne hift
Starkarmig ins Morgenrot!
Und siegte nicht gestern die Sterbende Zeit,
Die in Flüchen und Seufzern verweht —
Eine neue Folge der Tage gedeiht,
Und der Kampf, der Kampf, er besteht!

Und der Kampf besteht, wie der Haß besteht,
Der die Scharen der Arbeit umdräut,
Der im Wutschrei lebt wie im stillen Gebet
Und bei Gläser- und Glockengeläut.
Und die Sorge besteht, und die Plage sie reicht
Noch immer dem Mangel die Hand,
Und die Not, die wütende Not, sie schleicht,
Ein würgendes Raubtier, durchs Land.

Und Europens stolze Kultur, sie streicht
Sich selbstgefällig den Bauch:
Wir haben Wunder um Wunder erreicht,
Und fliegen können wir auch!
Wir furchen uns tief durch Erde und Flut —
Singt dem Geiste, der stolz triumphiert! ...
Doch auf den Gassen tropft Opferblut
Der Arbeit, die hungert und friert!

Und in zornigen Hirnen erneut sich die Glut
Und lodert zu Flammen empor:
O Volk, nun trag' deinen Zukunftsmut
Stark durch das geöffnete Tor!
Durch das morgenblinkende Tor der Zeit
Kausche, ein stämmender Tag,
Und künde, daß sie sich doch befreit,
Die elend am Boden lag!

Und künde bei jedem Stundenschlag:
Wir säen, wir säen das Brot!
O Volk, nun schaffe, nun schaffe und wag';
Zu alt ist worden die Not.
Eine neue Folge der Tage gedeiht,
Und was alt ist, es stirbt und verweht;
Wir grüßen dich, kommende, keimende Zeit;
Denn der Kampf, der Kampf, er besteht! —
Ernst Preetzang.



Neue Tage — alte Kämpfe.

In wenigen Tagen nehmen wir Abschied vom Jahre 1913. Da ist es Zeit, noch einmal kurz zu überschlagen, was es uns gebracht an Freuden und Leiden, Kämpfen und Erfolgen. Nicht in Form einer mit Zahlen belegten Bilanz — dazu ist es noch zu früh —, sondern als allgemeine Zusammenfassung hervortretender Erscheinungen.

Die Arbeiterbewegung kann mit dem Jahre 1913 nicht sonderlich zufrieden sein. Wer von uns auf das jetzt zu Ende gehende Jahr große Hoffnungen gesetzt hat, wird starke Enttäuschungen erlebt haben. Die allgemeine Wirtschaftslage hat sich in bedauerlich hohem Grade verschlechtert. Als wir zu Beginn des Jahres an dieser Stelle die Anzeichen der Konjunkturverschlechterung aufzählten und daran die Befürchtung knüpften, daß uns das Jahr 1913 den Beginn einer allgemeinen Krise bringen würde, schalt eine bekannte wirtschaftspolitische Zeitschrift über unangebrachte und unbegründete Schwarzseherei. Heute, am Ende des Jahres, bestreiten nur noch eingefleischte Scharfmacher

einen allgemeinen Notstand. Und auch die nur, weil sie damit die Unterstützung der von diesem Notstand am ärgsten Betroffenen, der Arbeitslosen, verhindern oder doch hinausschieben wollen.

Die Auseinandersetzungen über die Arbeitslosigkeit, die in den letzten Wochen und Monaten in den verschiedenen deutschen Parlamenten, in Gemeindevertretungen, auf Konferenzen und Kongressen, in der Presse und in Versammlungen stattgefunden haben, waren von sehr ungleichem Wert. Wir haben warme Freunde, eifrige Befürworter einer allgemeinen Arbeitslosenfürsorge gehört, aber dazwischen auch das volksfeindliche Getöse der Scharfmacher, die von einer Arbeitslosenfürsorge nicht nur eine Minderung ihres Profites, sondern auch eine Einschränkung ihrer Macht befürchten. Und wir haben die weltfremden Neugezungen übervorsichtiger Regierungsmenschen gehört, die aus Erwägungen nicht herauskommen, und den Hunger des Volkes mit vergifteten Akten und statistischen Ermittlungen — nicht stillen, sondern gar leugnen wollen. Trotz alledem darf als Endergebnis ein Fortschritt in der Behandlung dieser Frage gebucht werden. Die Zahl der Gemeinden, die sich zu einer Fürsorge für die Arbeitslosen entschließen, wächst, und mit dem 300 000-Mark-Zuschuß des Reichsstaates ist der erste Anfang zu einer umfassenderen Lösung des Problems gemacht.

Allerdings erst ein Anfang. Die weitestreichende Fürsorge finden die Arbeitslosen noch immer in ihren Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung offenbart sich von Jahr zu Jahr mehr als eine Tat von ganz unermesslichem kulturellen Wert. Das erkennt man mehr und mehr auch in solchen Kreisen an, die sonst der Gewerkschaftsbewegung gern große Steine in den Weg rollen möchten. Das Jahr 1913 hat insofern eine wesentliche Erweiterung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge gebracht, als der Bauarbeiterverband, die zweitstärkste gewerkschaftliche Organisation Deutschlands, auf einem außerordentlichen Verbandstage, der vor einigen Wochen stattfand, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen hat. Diesem Beschluß werden voraussichtlich die wenigen Gewerkschaften bald folgen, die bisher noch, aus besonderen und durchweg sehr beachtenswerten Gründen, von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung Abstand genommen haben.

Ueber der Fürsorge für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Klassengenossen darf jedoch der Kampf gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht vernachlässigt werden. Soweit der Kampf sich gegen die heutige Wirtschaftsordnung richtet, deren notwendige Begleiterscheinungen die Krisen mit ihrer Massenarbeitslosigkeit sind, ist er zu führen von der sozialdemokratischen Partei und nicht von den Gewerkschaften als solchen. Es gibt jedoch auch innerhalb der heute gegebenen Ordnung Mittel und Wege, die Arbeitslosigkeit einzuschränken. Eines, vielleicht das wirksamste, dieser Mittel ist die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. In demselben Grade, in dem die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters, sei es durch verbesserte Technik, sei es durch planmäßige Organisation der Arbeit, sei es durch verstärkte Anreizerei, in einer gegebenen Zeit gesteigert wird, in demselben Grade muß die Arbeitszeit verkürzt werden, wenn nicht eine immer mehr zunehmende Ueberfüllung des Arbeitsmarktes eintreten soll.

Dieser notwendige Kampf um kürzere Arbeitszeit ist heute ausschließlich Sache der gewerkschaftlichen Organisationen. Leider hat das vergangene Jahr auf diesem Gebiete nicht so reiche Erfolge gebracht, wie wir das gewünscht und erhofft haben. Die allgemeine Wirtschaftslage hat auch da hemmend eingewirkt. Immerhin waren die gewerkschaftlichen Erfolge noch so, daß die Unternehmer ihr Gesicht nach Staatshilfe gegen die Gewerkschaften noch einträglicher als sonst erheben. Die Gewerkschaften müssen niedergewungen werden — dann erst können die Ausbeuter ihr kulturwidriges Treiben ungehindert ausüben.

Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften — das ist die Tagesforderung der Scharfmacher aller Schattierungen. Und die Regierung ist keineswegs gewillt, dem Drängen Widerstand entgegenzusetzen. Des Deutschen Reiches längster Kanzler, Bethmann-Hollweg, hat erst kürzlich im Reichstage erklärt, die Regierung würde mit einer entsprechenden Vorlage kommen, sobald sie die Zeit dafür als gekommen erachte. Das heißt, sobald sie die Gewißheit oder doch die Wahrscheinlichkeit für sich hat, daß ihr eine solche Vorlage nicht vor die Türe gelegt wird. Womit gesagt ist, daß die 111 Sozialdemokraten der Wall sind, über den die Regierung ein Ausnahmegesetz erst hinwegzubringen vermag, wenn alle bürgerlichen Parteien ihr einmütig dabei helfen. Vorläufig ist diese Einmütigkeit noch nicht ganz da, aber — wir kommen ihr sichtlich näher. Es ist deshalb gar nicht ausgeschlossen, daß das Jahr 1914 uns den Kampf um unser Organisationsrecht bringt, der im Jahre 1913 von den Arbeiterfeinden so umfassend vorbereitet worden ist. Da heißt es, auf der Hut sein und die Waffen schärfen.

Daß die schlechte Wirtschaftslage, in Verbindung mit dem verstärkten Terror der Unternehmer, in dem jetzt zu Ende gehenden Jahre den Aufstieg der Gewerkschaften gehemmt hat, daß der zahlenmäßige Zuwachs geringer geworden ist, darf als sicher angenommen werden. Zwar liegen darüber noch keine abschließenden Zahlen vor, jedoch deuten manche Anzeichen darauf hin, daß die üblichen Krisenfolgen auch diesmal nicht ausbleiben werden. Das ist zwar bedauerlich im Interesse der kämpfenden Arbeiterschaft, wie im allgemeinen Volksinteresse, aber irgendein Grund zur Schwarzseherei läßt sich daraus nicht herleiten. Die Gewerkschaften sind heute so sicher verankert, daß ihnen kein Sturm in unserem Wirtschaftsstreben nennenswerten Schaden zufügen kann.

Die Pflege der Gelben hat im Jahre 1913 einen beinahe belustigenden Grad erreicht. Beinahe belustigend deshalb, weil diese überzürliche Pflege eine übernormale Torheit der gelben Wärter verrät. Nämlich die Torheit der Annahme, es könne gelingen, die Arbeiter allgmein und dauernd zu schweißtreibenden Hunden des Kapitals herabzumwürdigen. Wir wollen uns heute mit dieser schon mehr kindischen als nur kindlichen Auffassung nicht auseinandersetzen. Nur verweisen wollen wir darauf, daß besonders die Krankenkassenwahlen in den letzten Wochen gezeigt haben, wie brüchig die gelbe Sache ist, wie sehr die ins gelbe Foch geführten Arbeiter im Innern mit der ehrlichen Arbeiterbewegung sympathisieren. Die Zukunft wird die stolzen Hoffnungen, die die Unternehmer, an der eigenen Kraft verzweifelnd, auf die gelbe Schutztruppe setzen, knicken wie der Sturm das Rohr.

Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen hat das zu Ende gehende Jahr weder grundsätzliche Neuerungen, noch bemerkenswerte Änderungen gebracht. Die allgemeine Konzentration der Gewerkschaften in große, leistungsfähige Verbände hat Fortschritte gemacht, ohne sich zu überstürzen. Der Anschluß des Blumarbeiter-Verbandes an den Verband der Fabrikarbeiter, der am 1. Januar vollzogen wird, ist eine Ausstrahlung der allgemeinen Tendenz zur Zusammenfassung der Kräfte. Ob, in welchem Tempo und in welcher Richtung diese Zusammenfassung weitergehen wird, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Bekannt ist, daß das Beschlüsse unseres letzten Verbandstages zur Betriebsorganisation inzwischen schon sehr viel Nachahmung gefunden hat. Es ist deshalb auch gar nicht ausgeschlossen, daß der in nächsten Jahre stattfindende Gewerkschaftskongress dieser Organisationsform die Bahn freimachen wird. Damit würde u. E. eine wesentlich bessere Geschlossenheit der Gewerkschaften erreicht.

Alles in allem: das zu Ende gehende Jahr bietet weder Anlaß zu besonderer Freude noch zu trauernder Klage. Es hat uns weder beachtenswerte Erfolge noch vernichtende Niederlagen gebracht. Die hereinbrechende Wirtschaftskrise hat zwar unser Vordringen etwas gehemmt und unsern Gegnern die Segel ein wenig geschwellt, aber die Zukunft wird zeigen, daß die Schiffbrüchigen nicht an unserm Ufer liegen. Denn mit uns ist nicht nur unsere Kraft und unser Wille, sondern mit uns ist die allgemeine Kulturwelt. Weil das Streben der Arbeiterklasse im Sinne und in der Richtung dieser allgemein kulturellen Entwicklung liegt, weil der Aufstieg der Arbeiterklasse zugleich der Aufstieg des Volkes ist, weil Arbeiterinteresse und Menschenheitsinteresse immer mehr gleichbedeutende Begriffe werden, weil Unterdrückung, Knechtung und Entrechtung der Arbeiterklasse Schritte nach rückwärts, auf dem Wege zur Barbarei, sind, deshalb vor allem sind wir des endlichen Sieges gewiß.

Und darum schauen wir auch gar nicht trübe in die Zukunft. Mögen auch immer finstere Wolken sich ballen am wirtschaftlichen und politischen Horizont. Nicht lange wird es dauern und sieghaft steigt die Sonne hoch und beleuchtet mit ihren Strahlen ein Schlachtfeld des Kampfes, auf dem unsere Farben Sieg um Sieg erhaschen.

Ein Reichsarbeitsrecht.

Auf sozialpolitischem Gebiete werden die Fortschritte immer geringer. In den herrschenden Klassen wird das Gleichnis von der vollen Kompostkammer in allen Tonarten gepredigt, wie erst jüngst die Verhandlungen des Reichstages in der Frage der Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung zur Genüge gezeigt haben. Dagegen machen sich in verstärktem Maße im arbeitserfindlichen Lager Strömungen bemerkbar, die mit einem Streikpostenverbot und einem stärkeren Schutz der Arbeitswilligen kokettieren. Die konservative Fraktion hat ja ihre Wünsche schon zu einem Antrage verdichtet und selbst der Hansabund, der dereinst auszog, um gegen das unerfüllliche Junkertum mobil zu machen, geht hier Arm in Arm mit den geschworenen Arbeitserfindern und will Hand anlegen zur Vereitelung eines der Grundrechte der organisierten Arbeiterklasse. Ob die stillen und die lauten Wünsche der Scharfmacher aller Grade beim Bundesrat und der Mehrheit des Reichstages auf Erfüllung rechnen können? Wir wolkens in Geduld abzuwarten.

Wir sollten aber in diesem Kampfe um die Erhaltung und den Ausbau der Grundrechte des Volkes den Satz beherzigen, den unser unbergesslicher Liebtnecht im Lapidarstil dahin formuliert: Niemals in die Defensivdrängen lassen, stets in der Offensiv. Schmieden die erklärten Gegner der Arbeiterschaft heimtückische Pläne, so müssen wir uns um so mehr angelegen sein lassen, diejenigen Programmpunkte zu betonen und Erfüllung zu heißen, die bei einigermaßen gutem Willen durchzuführen werden können und die — wenn nicht anders durch fortgesetzte Aufklärung der Massen in sich selbst — durchzuführen werden müssen.

Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung, die Vergeßlichkeit der Selbstverwaltung in den Krankenkassen, die Aufrechterhaltung der Zersplitterung in der Rassenorganisation, der Sohn der Witwen- und Waisenversicherung, die Vermögenslosigkeit der Renten in der Invaliden- und Unfallversicherung, die Nichtberücksichtigung der Gewerkekranken als Betriebsunfälle legen bereites Zeugnis dafür ab, daß dieses angebliche Monumentalwerk von Reichsversicherungsordnung nichts weiter ist als ein Wandwerk, darauf bezuht, den Massen des Volkes das Vaterland „lieb und teuer“ zu machen. Viel Tausende von armen, abgerackerten Arbeitern und Arbeiterinnen werden jahraus, jahrein

von den Versicherungsinstanzen mit ihren Ansprüchen abgewiesen, weil sie nach den gesetzlichen Vorschriften noch imstande sein sollen, ein Drittel des früheren Lohnes zu verdienen. Wenn diese armen Teufel aber wirklich noch zu 30 bis 40 Prozent erwerbsfähig sind — wer gibt ihnen Arbeit, wo gerade jetzt in der Krisenzeit der Arbeitsmarkt überfüllt ist, wo vielleicht 1 Million Arbeiter und Arbeiterinnen mit 4 Millionen Angehörigen nichts zu beissen haben und nicht wissen, wo sie ihr mühes und hungriges Haupt hinlegen?

Wenn die verbündeten Regierungen in trautem Verein mit den Unternehmern die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt anführen, die durch die Uebernahme neuer sozialer Lasten gefährdet werden kann oder wird, so fragen wir d a r a u f zurück: Kann man allen Ernstes dieses Argument überhaupt noch anführen angesichts der geradezu fabelhaften Profite in fast allen Industriezweigen? Und dann weiter: Erkennt man nicht an, daß auch der Arbeiter durch seine Intelligenz und Tatkraft zu dem gigantischen Aufschwung von Handel, Industrie und Gewerbe sein effektives Teil beigetragen hat? Man bestreitet das nicht, man kann das auch nicht oeffnen, und doch schiebt man den Arbeiter in die Armenfürsorge, verweigert ihm die Gleichberechtigung und gibt ihm nur die Brosamen, die von der Herren Tische fallen. Hunderttausende von tüchtigen Arbeitern aber schiebt man ins graue Elend, wo sie dann über die „Göttlichkeit“ der Weltordnung nachdenken können.

Es ist an der Zeit, die Forderung zu erheben, daß, gleichviel ob Gesellig oder Geselle, ob dieser oder jener Industrie-, Gewerbe- oder Handelszweig, ein festes Minimum an Lohn festgesetzt wird, der unter allen Umständen geschätzt werden muß und kann. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß wir schablonisieren wollen, daß das unsere vielgerühmte Gleichberechtigung sei. Daß trotz der von uns erhobenen Forderung Unterschiede gemacht werden können, daß wir nicht etwa verlangen, daß der Minimallohn für alle Arbeiter 20 oder 30 Mark betragen soll, daß zwischen Großstadt, Mittelstadt oder Kleinstadt oder Landgebiet unterschiedliche Verhältnisse obwalten, kann sehr wohl berücksichtigt werden. Wir gehen sogar noch weiter und gestehen, daß starke Differenzen zwischen den einzelnen Industrie-, Handels- und Gewerbezweigen vorliegen und daß hier bestimmte Normen getroffen werden müssen, einmal, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht zu gefährden, andererseits, um dem Arbeiter das Minimum an Lebensunterhalt zu garantieren. Aber der Zustand, der heute besteht, daß z. B. ein Maurer in der Stadt einen Wochenlohn von 40 bis 50 Mark bezieht, dagegen ein Arbeiter in derselben Stadt nur die Hälfte und noch weniger bekommt, ist unhaltbar. Im Buchdruck-, Bau- und Holzgewerbe z. B. haben wir jetzt diese Minimallohne mehr oder weniger zur Durchführung bringen können dank der Einsicht auf der Seite der Unternehmer — und es hat schwere Kämpfe gekostet! — daß nur auf der Basis der Gleichberechtigung unter Anerkennung der Organisation dieser Zustand erzielt werden konnte. In der Metall-, Textil-, Gemischen und Nahrungsmittelindustrie usw. müssen wir dieselbe Entwicklung anstreben, wenn nicht anders dann gegen den Willen der betr. Unternehmer!

Aber wir meinen, die Sache ist schon spruchreif in dem Sinne, daß, wenn ein Reichsarbeitsrecht geschaffen wird, insbesondere das Parität in daselbe hineingearbeitet werden muß, das jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin einen bestimmten Minimallohn bei jumbo langer Arbeitszeit garantiert. Auf der diesjährigen Konferenz der Kaufmanns- und Gewerbevereine hat der bekannte Sozialpolitiker Dr. Singheim einen Vortrag gehalten, der darin gipfelte, ein Reichsarbeitsrecht zu schaffen, wenn er auch die Schwierigkeiten genügend hervorhob. In der letzten Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform bekannte man sich zur Schaffung eines Reichseinigungsamts. An Männern, die diesem hochwichtigen Amte vorzustehen haben, fehlt es uns nicht. Wir erinnern nur an den Minister Dr. Berlepsch, den Ratsrat Dr. v. Schulz, den Gewerbedirektor Dr. Bremer in München, die eine sehr erprobte Tätigkeit zwischen den Unternehmer- und Arbeiterverbänden in der Holzindustrie, dem Baugewerbe usw. entfaltet haben. Die Hauptfragen müßten vom Reichseinigungsamt erledigt werden und bindende Kraft haben. Selbstverständlich muß dieses Reichseinigungsamt so zusammengesetzt sein, daß auch Arbeiter (Erwählte der Arbeiterverbände) in demselben Sitz und Stimme haben. Die Unterfragen aber könnte man zur Erörterung und Entscheidung den örtlichen und bezirksweise ins Leben zu rufenden Einigungs- und Vereinerungsamtern übergeben. Die örtlichen Einigungsämter könnten — wie das jetzt schon geschieht — dem Gewerbeamt angegliedert werden. Die Vereinerungsämter müßten neu ins Leben treten. Der organisatorische Aufschwung ginge dann nicht — wie in den drei besprochenen sozialen Gesetzen — von unten nach oben, sondern von oben nach unten.

Unsre zweite Forderung wäre die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, wie es die Sozialdemokratie schon im früheren Programm aufgestellt hat. Was wir bisher an Stellen für die Festsetzung der Arbeitslosigkeit haben, ist nur Gähnen. Die Statistiken der Kaufmannsverbände, die der Unternehmer-, Arbeiter-, Kaufmanns- und paritätischen Arbeitsnachweise geben kein erschöpfendes Bild, weil sie nicht über das ganze Reich gleichmäßig verteilt sind und nur teilweise den Standstand erkennen lassen. Würde aber das Reichsarbeitsamt da sein, dann wäre durch eine bestimmte Gliederung in örtliche und Bezirksarbeitsämter unter paritätischer Verwaltung der Grad der Arbeitslosigkeit wöchentlich oder monatlich anzuordnen genau erfaßt werden und Reich, Staaten und Gemeinden müßten durch ein Bundesorganarbeiten sich der Arbeitslosen annehmen. Es würde sich dann auch herausstellen, wie gern die jetzt häufig als „Faulenzer“ gekennzeichneten Personen arbeiten wollen!

Das notwendige sozialepolitische Gebilde müßte aber eine Lösung erfinden, dergestalt, daß zur Beanspruchung der selben keiner ein besonderes Arbeitsministerium geschaffen würde, das mit Justiz und Reichsanwalt ausgestattet ist. Das Reichsamt des Innern mit seinem Druck und Druck, mit seiner vielen Unterabteilungen wäre nicht unpassend, die großen Aufgaben, die in den beiden Ministerien verortet sind, zu erfüllen. Das Arbeitsministerium müßte nach englischer oder französischer Vorbild eingerichtet werden und auch unter paritätischer Verwaltung stehen (also unter Mitverwaltung der Arbeiter). Zu unterstellen wären dem Arbeitsministerium das Reichsversicherungsamt, das Reichseinigungsamt, das Reichsarbeitsamt und die Reichsversicherungsanstalt der Arbeitslosen. Wir sind übrigens der Meinung, daß die gewöhnlichen Arbeiter der Welt nicht so leicht

leitet hat, als sie die letztere Behörde mit ihrem gewaltigen Apparat, der schon jetzt aus den Fugen zu gehen droht, selbständig machte und nicht dem Reichsversicherungsamt angliederte. Man hätte die Reichsversicherungsordnung gleich so gestalten können, daß auch die Privatangestellten darin Unterkunft und Vertretung gefunden. Die Gesichtspunkte, die Bundesrat und Reichstag leiteten, für diese Kategorien von Arbeitern eine besondere Behörde zu schaffen, sind bekannt, brauchen deshalb hier nicht erörtert zu werden. Wir geben gern zu, daß ein Privatangestellter mit 10 000 Mark Einkommen anders denkt und fühlt, und sich nicht unter die Arbeiter rechnen will. Jedenfalls wäre ihnen auch nicht zuzumute getreten, wenn sie mit ihren Rechten und Pflichten unter die Reichsversicherungsordnung rufrisiert worden wären. Die Beiträge und Leistungen hätten so eingeordnet werden können, daß sie von ihren hohen Berufspflichten und ihrer „Sonderehre“ nichts eingebüßt hätten. Auf ihre materiellen Rechte und Pflichten wäre Rücksicht zu nehmen gewesen und organisatorisch hätte der Vereinheitlichung ein großer Dienst geleistet werden können — wenn man nur wollte, aber man wollte nicht!

Augenblicklich fehlt auf sozialpolitischem Gebiete jeder großartige Gedanke. Man faßt überall in den Reichs- und Staatsressorts am Kleinen und Kleinsten. Die Arbeiterschaft mit ihren gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Organisationen wächst den herrschenden Klassen über den Kopf. Letztere glauben, zu schieben, und hin und wieder merken sie zu ihrem Entsetzen, daß sie geschoben werden.

Die Unternehmer und Bureaucraten werden gegen unsere Pläne nicht zuletzt einzuwenden haben, daß zu ihrer Verwirklichung enorme Summen erforderlich sind. Wir möchten dahinter jedoch ein dickes Fragezeichen machen. Nützlich wäre allerdings in erster Linie eine umfassende und gründliche Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern in jedem Reichs- und Staatsressort. Schon durch die Einschränkung oder gar Beseitigung des Sinekurenwesens in den Reichs- und Staatsverwaltungen könnten Millionen im Jahre gespart werden. Und wie wäre es, wenn die in den Landesversicherungsanstalten aufgespeicherten Riesensummen — es sollen jetzt annähernd 1 1/2 Milliarden sein — zur Schaffung und Verwaltung der von uns geforderten drei sozialen Institute mit herangezogen würden? Außerdem meinen wir, daß durch die Angliederung und den Ausbau einzelner der von uns vorgeschlagenen sozialen Einrichtungen erhebliche Kosten nicht entstehen können (Gewerbeamt z. B.). Das Arbeitsministerium aber würde — wenn die Trennung, im Reichsamt des Innern vorgenommen würde — keinen Pfennig mehr zu kosten brauchen.

Die finanzielle Seite der hier erörterten Fragen könnte also nicht allzusehr in Betracht kommen, wenn nur ein erster Wille hinter dem großen Werke stehen würde. In der Arbeiterschaft ist dieser Wille zur Mitarbeit vorhanden, und je mehr auch auf der Gegenseite anerkannt wird, daß die Arbeiterschaft mehr und mehr den Grundpfeiler des ganzen Staatswesens bildet, und ihr der gebührende Anteil an den staats- und verwaltungspolitischen Aufgaben werden muß, um so begeisterter wird sie in diesen Kämpfen um die Fortentwicklung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung arbeiten.

Ferdinand Lassalle prägte einst den Satz: Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten im Gemäule des täglichen Lebens. Betreu unsern Prinzipien und gestützt auf die wirtschaftlich-politische Entwicklung werden wir unsere Ziele in der Sozialpolitik weiter verfolgen, bis sie erreicht sind! A. Stadloff.

Stimmen aus der Wüste.

Zu dem unablässigen Geschrei der Scharfmacher nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter, nach mehr Schutz der Streikbrecher, nimmt in der „Frankfurter Zeitung“ der Direktor der Zeitzentrale in Jena, Herr Dr. Fr. Schomerus das Wort. Er verweist einleitend auf die Gefahr, die dadurch entsteht, daß durch immer weitere Ausdehnung der Strafgesetze ein immer größerer Teil des Volkes in irgendeiner Weise mit eben diesen Gesetzen in Konflikt kommt, also zu den „Vorbestraften“ gehört. Dann skizziert er die immer wiederkehrenden Bestrebungen und Versuche, das Organisationsrecht der Arbeiter einzusengen. Zu den neuesten Versuchen dieser Art, eben den Scharfmacherforderungen nach mehr Schutz vor dem „Terrorismus“, schreibt er:

„Wegen wirklich genügender Gründe vor, nach mehr unserer Volksgenossen noch in die Gefängnisse zu bringen? Zunächst ist es eine gewisse Tatsache, daß nicht die Arbeiter, die abseits von den Gewerkschaften stehen und deren Druck anzusetzen kein wollen, noch verschärfen staatlichen Schutzes ruhen; im Gegenteil, sowohl die christlichen Gewerkschaften wie die kirchlich-dunkleren Gewerkschaften und die liberalen Arbeiter- und Angestelltenvereine protestieren lebhaft gegen die vorgeschlagene besondere Bestrafung durch Staat und Polizei; sie wollen nichts davon wissen und behaupten, daß die bestehenden Gesetze sie ausreichend schützen und sind gewillt, gegen eventuellen Druck und Zwang, der außerhalb des gesetzlich festgesetzten Schutzes liegt, sich aus eigener Kraft zu wehren. Die Käufer im Strafrecht sind vielmehr die Beauftragten der Unternehmerverbände, die Vertreter von Industriellen, die selbst vielfach organisiert sind, den Wert des vernünftigen Zusammenhanges kennen und nicht gar zu zupäpeltlich mit denen unangenehm spielen, die ein Duldverlehen dem Schwandarmen vorziehen. Sie, die die geschlossene Macht des Unternehmertums gegen die zusammengefasste Arbeiterschaft zu führen und zu lenken haben, sie, die die wenigen Unabhängigen gegen die Masse der Abhängigen vertreten, sie, die Kräftigen sind es, die nach weiteren Fäden und Striden ruhen, in denen sie die kleinen Leute bei ihrem organisierten Fortschritt jagen wollen. Sollte diese Tatsache die Verantwortlichkeit nicht von vornherein klar machen und zur Vorsicht mahnen? Deshalb wird zunächst nur der vermehrte Schutz der nichtorganisierten Arbeiter, weshalb nicht auch der Schutz der unorganisierten, nichtkategorisierten Unternehmer, der unorganisierten Ärzte, Zahnärzte usw. verlangt? Deshalb wird nicht der Schutz derjenigen Arbeitsschichten gefordert, die durch ihre wackrigen Lippen und gegenseitige Verständigung der Arbeitgeber von den Sorgen von Arbeit und Brot ferngehalten werden? Wollen wirklich öffentliche Meinung und Gesetzgebung auf das Geschrei einiger Interessenten hören lassen und sich einreden lassen, daß einzig und allein gegen die Abhängigen etwas zu unternehmen sei? Will man sich mit einer Klassenpolitik abgeben lassen, die von neuem die einzelnen Volksschichten gegeneinander aufbringt und den langsam beginnenden Vereinigungsprozess in unsem Volk auf das gefährlichste stört?“

So Dr. Schomerus zu seinen Klassengenossen und Unternehmern! Das er sagt, ist gewiss berechtigt und richtig. Deshalb sind gerade deswegen wird er ein Prediger in der Wüste bleiben. Mit Vermeidung ist unsern Scharfmachern eben nicht beizukommen.

In einem andern Artikel desselben Blattes nimmt die Redaktion zu der Frage des Arbeitswillensgesetzes Stellung. In diesem Artikel wird die Tatsache in dem Vordergrund gestellt, daß das

bestehende Koalitionsrecht eigentlich an sich schon ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter ist. Der letzte Satz des das Organisationsrecht regelnden Paragraphen 152 der Gewerbeordnung sagt: „Jedem Teilnehmer steht der Austritt von solchen Vereinigungen und Verbindungen frei.“ Damit ist den Vereinbarungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen jeder gesetzliche Schutz ausdrücklich entzogen. Dazu schreibt das Blatt:

„Jede sonstige Rechtsbehandlung steht unter dem Schutze der Gesetzgebung, und der Richter muß ihr nötigenfalls den Zwangsbefehl verschaffen, jede Abmachung einer gesetzlich anerkannten Arbeiterkoalition aber steht außerhalb des Gesetzes, sie ist Spiel und Wette gleichgestellt und absolut unlagbar. Das ist das schlimmste Ausnahmegesetz im Deutschen Reich, viel bedenklicher noch als das Jesuitengesetz! Man vergebens wagt sich nur den Sachverhalt: Eine Koalition beschließt einstimmig den Streik, es werden Unterstüßungsgelder bezahlt usw. Wohl findet es ein Teil der Koalition für sich nützlich, trotz Ehrenwort, Unterschrift und empfangenem Unterstüßungsgeld auszubrechen und den Kollegen in den Rücken zu fallen. Hier gilt keine Heiligkeit des Vertrages, der Gesetzgeber billigt dieses Verhalten ganz ausdrücklich.“

Es ist leider richtig, daß die Vereinbarungen der Arbeiter zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen ohne gesetzlichen Schutz sind. Es ist auch richtig, daß dieser Mangel wie ein offenes Ausnahmegesetz wirkt. Es ist jedoch nicht richtig, wenn das Frankfurter Blatt dieses Ausnahmegesetz „das schlimmste im Deutschen Reich“ nennt. Der § 153 der Gewerbeordnung stellt ein noch weit schlimmeres Ausnahmegesetz dar. Es gibt nämlich den Unternehmern das Recht, die Arbeiterschaft aus ihren gewerkschaftlichen Organisationen herauszutreiben oder sie am Eintritt zu hindern, bedroht aber jeden Arbeiter mit Gefängnisstrafe, der einen Kollegen durch irgendeine Drohung in die Organisation zwingen will. Immerhin soll anerkannt werden, daß die „Frankfurter Zeitung“ zu den wenigen bürgerlichen Blättern gehört, die bei der gegenwärtigen Hege gegen die wenigen Rechte der Arbeiter nicht einfach auf dem Horn der Scharfmacher blafen, sondern auch die Interessen der Arbeiter würdigen. Das zeigt sich auch in der Folgerung aus dem zuletzt angezogenen Artikel. Es heißt darin nämlich am Schlusse: „Nicht neue Straf- und Ausnahmestimmungen brauchen wir, sondern Steigerung der Verantwortlichkeit durch Anwendung der allgemeinen Rechtsnormen auf die Arbeitervereine und durch endliche Gewährung eines wirklichen Koalitionsrechts.“ Leider steht das Blatt mit dieser Einsicht im bürgerlichen Blätterwalde so ziemlich allein. Die Mehrzahl auch der sogenannten liberalen Zeitungen ist nach der Einerseits-Andersseits-Erklärung des Reichstages zur Scharfmacherischen Fahne eingeschwenkt, ein anderer Teil hüllt sich in vorsichtiges Schweigen. Um so angenehmer berührt es, wenn hier und da noch ein Blatt den Mut aufbringt, den Scharfmacherischen Schreibern aufs Mähdchen zu klopfen.

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

In einer Versammlung des sog. Graphischen Kartells in Stuttgart hielt kürzlich Eduard Bernstein einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Verfassungsfragen“. Die Ausführungen Bernsteins sind so interessant und beachtenswert, daß wir sie hier auszugsweise nach dem „Portenblatt“ wiedergeben. Nachdem der Redner den Begriff Verfassung definiert hatte, führte er aus: In der Geschichte treten uns die Gewerkschaften zuerst in England im 18. Jahrhundert entgegen als örtliche Verbindungen, als lokale Vereine von Angehörigen eines bestimmten Berufs, später finden wir gleichartige Verbindungen unter verschiedenen Namen auch in Frankreich und noch etwas später bei uns in Deutschland als Lokalvereine oder Gewerkschaften. In den letzten Jahren nennen sich die örtlichen Organisationen vielfach Streikvereine, später Fachvereine. Sie existieren in ihrer ersten Zeit in ziemlich loser Form, vielfach stellen sie sich einfach als reine Widerstandsklassen oder als Unterstüßungsstellen, allerdings nur mit geringen Unterstüßungen, dar. Für ihre Zeit hatten diese losen Verbindungen gewisse Vorteile: Beweglichkeit, Freiheit der Initiative, nach Günstigkeit des Augenblicks Streit anzufangen, und die Vermeidung bürokratischer Einrichtungen. Alle Entscheidungen des Vereins mußten in der Versammlung getroffen werden. So scheint diese Organisationsform die vollkommene Demokratie darzustellen, aber mit der Fortentwicklung und Ausdehnung erwies sie sich als unzulänglich. Der Lokalverein hat nur wirkliches Leben in größeren Orten; die kleinen Orte, wo die Bewegung fehlt, bleiben die Quelle von Streikrotern. Eine Erziehung ist auf dieser Stufe in großen Orten nur schwer, in kleinen überhaupt nicht möglich. Es ist sehr schwer, eine einheitliche Aktion über das ganze Land ins Leben zu setzen. Da die stetige Verbindung fehlt, treten leicht Meinungen ein. Die Mittel zum Kampf sind gering und die erzielten Erfolge darum außerordentlich unbedeutend. Der Lokalverein bleibt von der Konjunktur und Situation ebenso abhängig wie der einzelne Arbeiter.

Der Weg tritt auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung die Verbindung über die Grenzen des Lokalvereins hinaus etwas fester zu gestalten. In England hat man zunächst gegenseitige Verträge abgeschlossen, besonders zur Regelung von Streitunterstützungen. So entstanden die Föderationen, erst auf provinzieller, dann auf nationaler Grundlage. Die Föderation ist ein Bund von Lokalvereinen, die sich einer Zentralinstanz geben, der sie bestimmte Aufgaben übertragen, bei der aber zuletzt doch der Lokalverein souverän ist. Diese Organisationsform hat gegenüber dem Lokalverein immerhin mancherlei Vorteile. Es können größere Mittel aufgebracht werden, eine größere Information ist möglich, die Aktionen können auf breiterer Grundlage durchgeführt, die kleineren Kreise besser in die Bewegung hineingezogen werden, daneben ist ein besseres Unterstüßungswesen möglich. Aber es sind auch große Mängel zu verzeichnen. Die Föderation wird auf die Dauer mit dem Wachstum der Organisationen ein außerordentlich schwerfälliger Organismus. Die örtlichen Interessen treten auch hier noch leicht in Gegensatz zum Interesse der Allgemeinheit; der Zentralinstanz sind die Hände gebunden und stehen gewöhnlich auch nur geringe Geldmittel zur Verfügung, wodurch eine großzügige Politik außerordentlich erschwert wird. Das Entstehenbleiben der englischen Gewerkschaften in Zahl und Leistung erklärt sich aus den Engverhältnissen der Föderation.

Man glaubte den bürokratischen Geist zu hindern und hat ihn in Gegenteil Lär und Lör gebildet. Die modernen Formen des Wirtschaftslebens, insbesondere die erstarrende Organisation des Unternehmertums und die Erweiterung der Unterstüßungseinrichtungen, haben eine andre Form der Gewerkschaftsorganisation notwendig gemacht: den Zentralverband. Verfassungsrechtlich genommen, ist die Gewerkschaft als Zentralverband der Einzelstöcker; die Gesamtheit als Einheit betrachtet, die sich durch ihr Statut eine Verfassung gibt, die den einzelnen Gliedern der Verwaltung ihre Aufgaben zuweist. Die Zentralverbände sind in Bezirke oder Stämme und Ortsvereine gegliedert, denen in den Statuten Rechte eingeräumt und gewisse bestimmt abgegrenzte Entscheidungsbefugnisse vorbehalten sind. Über das Schwergewicht liegt in der Gesamtorganisation; alle wichtigen Fragen unterliegen ausschließlich ihrer Beschlußfassung und Entscheidung. Die Vorteile dieser Organisationsform sind leicht einzusehen. In ihr ist die größtmögliche Einheitlichkeit der Funktionen gegeben. Es können größere Mittel aufgebracht und die Aktionen auf breiterer Grundlage durchgeführt werden, weil eingehendste Informationen der Zentrale möglich ist. Natürlich hat aber auch diese Organisationsform ihre Gefahren. Die Verwaltung macht eine ständige Beamtenschaft notwendig, die ja schon von der Föderation nicht ganz entbehrt werden kann. Man hat sich lange genug dagegen geirrt, aber schließlich war die Erlebung der Gewerkschaft im Nebenamt zur Unmöglichkeit geworden. Jede ständige Beamtenschaft trägt die Gefahr in sich, daß sich ein bürokratischer Geist entwickelt, der die Initiative lähmt. Dagegen wäre ein absoluter Zer-

traktismus oder ein zentralistischer Absolutismus eine sehr bedenkliche Verfassung für die Gewerkschaften. Absolut starrs System nach einer Formel ist unmöglich von Vorteil. Man kann die Frage aufwerfen und hat sie aufgeworfen: Ist es noch demokratisch, wenn den Zentralinstanzen so viele Macht in die Hand gegeben wird, wie es in den Zentralvorständen der Fall ist? Da müssen wir uns über den Begriff Demokratie klar werden. Demokratie bedeutet Selbstregierung. Aber die Demokratie ist eben keine so einfache Sache bei großen Organisationen. Sie kann nur Wahrheit werden, wenn sie den Forderungen des Gemeinwesens angepaßt ist. Eine gewisse Übertragung von Funktionen findet ja schon bei den einfachsten Organisationsformen statt. Die Selbstregierung aller Elemente wäre ein Chaos, das selbst die Anarchisten nicht wollen. Die Übertragung einzelner Funktionen ist also eine Notwendigkeit. Wir haben drei Formen der Vollmachten: Erstens die Urabstimmung; es stimmen zwar alle ab, aber die Mehrheit entscheidet; zweitens das gebundene Mandat, wo der Delegierte nur der Mandatar seiner Auftraggeber ist, und drittens das offene Mandat, wo der Delegierte der Vertreter ist, der nach eigener Ueberzeugung abstimmen darf. Bei der Urabstimmung, die auf verschiedene Arten erfolgen kann, scheint die reinste Demokratie zum Ausdruck zu kommen. Man steht aber die Sache so, daß in großen Organisationen schon aus technischen Gründen die Abstimmung in der Generalversammlung nicht allen Mitgliedern möglich ist. Es kann also nur in einzelnen Gruppen oder Abteilungen abgestimmt werden. Die Abstimmung in Gruppen hat aber den großen Nachteil, daß nicht alle Gruppen gleichmäßig informiert sind, daß Befehlswahlungen und örtliche Einflüsse daher eine größere Rolle spielen, als sie sollten, so daß das allgemeine Interesse zurücktritt oder doch nicht richtig zum Ausdruck kommen kann; oft wird eine Entscheidung getroffen, ohne daß eine genügende Debatte vorausgegangen ist. Deshalb ist die Gruppenabstimmung überall da, wo über folgenschwere Fragen abgestimmt wird, unangebracht. Die Abstimmung mittels veränderter Zeit hat dieselben, ja noch größere Nachteile. Es stimmen Leute ab, die gar nicht an den Erörterungen teilgenommen haben — sehr wichtige und verhängnisvolle Entscheidungen fallen unter Umständen durch eine anonyme, eine indifferente Masse. Will man vor oder in einem Kampfschicksal beschließen, so muß man die Abstimmenden genau über die in Betracht kommenden Momente unterrichten, und das hieße bei diesen Abstimmungen die Karten vor aller Welt aufdecken. Dadurch würde in den meisten Fällen die eigene Position ungeheuer gefährdet und die des Gegners gestärkt. Die Abstimmung ist also bei Kampforganisationen, wie die Gewerkschaften sie darstellen, außerordentlich bedenklich; sie kann nur da angewendet werden, wo es sich um ganz klare Fragen handelt, bei denen der Zufall keine Gefahren bringen kann. Das zeigt, daß die überlebende Demokratie nicht ideal ist.

Das gebundene Mandat hat die Fehler der Urabstimmung, ohne ihre guten Seiten. Es bindet den Delegierten gegen jede Belehrung und gegen seine bessere Ueberzeugung. Bleibt noch das offene Mandat, durch das der Delegierte das Recht hat, die zur Erörterung lebenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, was also der Mandatssinhaber das Vertrauen der Wähler in vollem Maße besitzt. Das soll auch so sein. Eine Organisation, in der es nicht möglich wäre, wäre nicht wert, zu existieren. Das Verfassungsleben soll das Gefühl der Verantwortlichkeit anerkennen, und das Verantwortlichkeitsgefühl wird die Delegierten leiten, wenn ihnen Vertrauen entgegengebracht wird.

Was von den Delegierten gilt, gilt auch von denjenigen, die man in leitende Stellungen wählt. Hier haben wir zu unterscheiden zwischen Beamten in der Stellung von Führern und den zur einfachen Bureauarbeit berufenen Angestellten, den eigentlichen Beamten. Da muß man sich klar werden, welche Aufgaben dem Führer und welche dem Beamten zugewiesen werden sollen. Die Einschränkung der Rechte der Führer hat die Bureauarbeit nicht aufgehoben, sondern verstärkt. Sie hat den Führern die Verantwortung gemindert, aber ihnen dafür die Initiative, den schöpferischen Geist genommen. Die deutschen Gewerkschaften stehen an der Spitze der ganzen Gewerkschaftsbewegung, weil sie ihren Führern mehr Recht geben. Das größere Recht bringt das Gefühl der Verantwortlichkeit, das Gefühl der Initiative und der Tatkraft. Der Angestellte muß sich an den Buchstaben halten und danach handeln; der Führer soll sich an den Geist des Ganzen halten und nach ihm handeln, wenn er seines Postens wert sein soll. Der Angestellte handelt nach der Formel, der Führer auf Grund freier Entscheidung, natürlich im Rahmen der ihm zugewiesenen Rechte. Der Angestellte soll handeln nach seiner Instruktion, der Führer soll auf das Resultat sehen, das erzielt werden soll, und danach soll er seine Maßnahmen treffen. Das ist das große Wort bei allen Verfassungsfragen der Gewerkschaftsbewegung: Wir müssen unterscheiden zwischen formalistischer und funktionaler Demokratie.

Heute wird vielfach die Anschauung vertreten, daß ein gewisser Stillstand oder eine Verlangsamung im Fortgang der Erwerbslosen der Gewerkschaften zurückzuführen sei auf die Zentralisation, auf nicht energisches Zupacken der großen Verbände. Es wird gesagt, früher, wo die Organisation noch eine lose war, habe man viel mehr erreicht, heute werde nur immer verhandelt. Das ist ja wohl, rein äußerlich betrachtet, richtig. Aber wer das sagt, hat nicht in Betracht gezogen, wieviel stärker organisiert heute das Unternehmertum den Arbeitern gegenübersteht. Wenn einmal eine gewisse Position erreicht ist, so sind von selbst weitere Erfolge schwieriger zu erzielen. Um die Arbeitszeit zum Beispiel von zwölf auf elf und dann auf zehn Stunden herabzusetzen werden sollte, hat das keine unüberwindliche Schwierigkeiten; auch ging es noch verhältnismäßig leicht an, die neunstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Ganz andere Schwierigkeiten aber begegnen wir, wenn wir die Arbeitszeit von neun auf acht Stunden und noch weiter reduzieren wollen. In Lohnfragen verhält es sich ähnlich. Das Wirtschaftsleben hängt nicht nur vom Willen der einzelnen ab, es wird von großen Gesetzen diktiert, die sich nicht ungestraft verkennt lassen. Auch ist es grundfalsch, den Wert der Gewerkschaften nach der Aufbesserung der Gehälter abzuurteilen, denn da gibt es keine endlose Schraube. Eine große Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die Arbeiter vor dem ungünstigen Einfluß der Konjunktur zu schützen. Wo die Lohnlinie im Rückgang geht, findet keine Sedung der Arbeiterschaft statt. Was einmal erreicht ist, das soll bleiben, und seit wir die großen Organisationen haben, ist das auch der Fall, zwar nicht absolut, aber doch schon in einem sehr hohen Grade. Wenn auch die Arbeitslosigkeit viel, so sind im großen und ganzen doch die Löhne die gleichen geblieben. Und das war früher nicht der Fall.

Die Gewerkschaft ist ein demokratischer Körper. Die Demokratie ist aber keine formalistische, sondern eine funktionelle. Die Demokratie ist kein Schema, sondern ein leitendes Prinzip. Auf ihren Geist, ihre Tüchtigkeit und Bedürfnisse kommt es an. Der einzelne muß einen Teil seiner Freiheit abtreten, um größere Freiheit für das Ganze, für die Allgemeinheit zu erreichen. Wenn unsere Gegner vom Zwang in den Gewerkschaften sprechen, so wollen wir das nicht leugnen. Aber durch diesen Zwang erweitert die Gewerkschaft ihren Mitgliedern die Freiheit von ökonomischem Druck, der außerhalb der Gewerkschaft liegt.

Wer hilft den Arbeitslosen?

Die Frage einer Unterstützung der Arbeitslosen ist in den letzten Monaten an den verschiedensten Stellen und von weit auseinandergehenden Gesichtspunkten aus erörtert worden. Die Scharmacher wettern mit unheiligem Horn gegen die „Prämie auf die Faulheit“, wie sie die Arbeitslosenfürsorge geschmackvoll nennen. Einige Tagungen bürgerlicher Sozialreformer haben sich in mehr oder minder entschiedener Weise für eine solche Unterstützung ausgesprochen. Im Reichstags ist das Problem in seiner ganzen Wichtigkeit aufgerollt worden von den sozialdemokratischen Rednern, die eine Interpellation der Partei, in der eine Reichsarbeitslosenfürsorge gefordert wurde, zu begründen hatten. Der Minister des Innern erlaubte zwar die Wichtigkeit der Frage an, jedoch befristet die Dringlichkeit und noch entschiedener die Durchführbarkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge.

Es bleibt also vorläufig alles beim alten. Die Regierungen tun nichts, das Parlament tut nichts und die Gemeinden tun nicht viel mehr als nichts. Denn was die Gemeinden bisher an Arbeitslosenunterstützung geleistet haben, ist weniger als der sprichwörtliche Tropfen auf einen heißen Stein. Das zeigt deutlicher als eine lange Abhandlung folgende Zusammenstellung der jetzigen bestehenden gemeindlichen Arbeitslosenunterstützungsstellen. Eine eigentliche Arbeitslosenunterstützungseinrichtung haben zurzeit:

Orte	Art der Unterstützungseinrichtung	Ausgaben 1912
Berlin-Schöneberg	Zuschüsse an Verbände und Sparrer	18 814,25 M
Hildesheim	Freiwillige Versicherungskasse (11/12)	69 404,40
Erlangen	Zuschüsse an Verbände	2 658,—
Freiburg i. B.	Zuschüsse an Verbände und Sparrer	1 927,17
Greifswald-Greifswald	Zuschüsse an Verbände	1 000,—
Kaiserlautern	Zuschüsse an Verbände	5 000,—
Manufaktur	Zuschüsse an Verbände (bewilligt 1913)	25 000,—
Wülhausen	Zuschüsse an Verbände	2 272,49
Strasbourg	Zuschüsse an Verbände	3 552,21
Stuttgart	Zuschüsse an Verbände und Sparrer	9 673,19
Esslingen	Zuschüsse an Verbände (15. Okt. 1913 genehmigt)	—

Unterstützungen an Arbeitslose gewähren auch die Städte Mainz, München, Passau und Eupen. Das ist im großen und ganzen bis jetzt die positive Leistung der deutschen Kommunen für die Arbeitslosenversicherung. Die Städte, die in den letzten Jahren Anträge auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung abgelehnt haben, verdienen die besondere Aufführung. Es sind: Augsburg, Berlin-Wilmersdorf, Braunschweig, Charlottenburg, Danzig, Dessau, Duisburg, Eberfeld, Halle a. S., Hamburg, Hof, Kopenhagen, Kulmbach, Leipzig, Regensburg, Spandau, Solingen, Wiesbaden und Würzburg. Mit dieser Aufzählung wollen wir nicht behaupten, auch die letzte reaktionäre Stadt, die die Arbeitslosenversicherung ablehnt, genannt zu haben. Die Zahl der Kommunen, die Untersuchungskommissionen einsetzten, ist ungefähr so groß wie die Zahl der Städte, die es ablehnten, die Arbeiter zu unterstützen. Die gesamte oben angeführte Summe bleibt weit unter 150 000 Mark. Das ist ein Pappentitel gegenüber den 10 Millionen, die von den Gewerkschaften im Jahre 1912 für ihre arbeitslosen Mitglieder aufgebracht wurden. Und wie beschämend ist es nicht für die Meisenstadt Berlin, daß die organisierte Arbeiterschaft durch freiwillige Sammlungen über 150 000 Mark aufgebracht hat, um den arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsgeschenke zu bereiten, während die Stadtverwaltung für die Not der Arbeitslosen nur leere Versprechungen übrig hat.

Den Arbeitslosen zeigen diese nackten Tatsachen, daß sie durchgreifende Hilfe nicht von der herrschenden Klasse, sondern nur von den eigenen Klassengenossen zu erwarten haben.

Papier-Industrie

An der Jahreswende.

Nur einige Tage noch trennen uns von der Jahreswende. Die große Masse des arbeitenden Volkes, insbesondere auch die der Papierarbeiter, kann nur auf ein Jahr voll Not und Sorge zurückblicken. Der Balkankrieg, der zu Anfang des Jahres noch tobte, geführt von einer kleinen Gruppe profitulärer Kapitalisten, hat nicht nur den Geldmarkt ins Wanken gebracht, sondern auch die Papierindustrie eines Teils ihrer Absatzmöglichkeiten beraubt. Besorgten Blickes betrachtete die Papierarbeiterschaft die schwarzen Wolken am Wirtschaftshimmel, die das Herannahen der Wirtschaftskrise ankündigten. Noch ist das Ende dieser Krise nicht zu sehen, und die Arbeiterschaft wird auch im Jahre 1914 diese Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise noch lange am eigenen Leibe spüren. Arbeiterentlassungen und Arbeitszeiteinschränkungen sind die Begleiterscheinungen der Krise.

Die Papierfabrikanten versuchen durch Schmutzkonzurrenz im In- und Auslande sich Absatzgebiete zu verschaffen. So berichtet die „Papier-Zeitung“ in ihrer Nr. 86 folgendes über den Londoner Papiermarkt:

„Von Deutschland ist der Preisrückgang für Rotationsdruckpapier ausgegangen. Das Angebot lautet auf 1 Penny das Pfund engl. weniger d. v. B. oder, in deutsche Währung umgerechnet, 17 Mk. 85 Pf. die 100 Kilogramm netto, Lieferung frei Haus London. Eine englische Fabrik hat diesem Preisrückgang Folge leisten müssen, um die nötigen Aufträge zur vollen Aufrechterhaltung des Betriebes zu sichern.“

Durch solche Konkurrenzmanöver schädigt die deutsche Papierindustrie sich selbst. Allerdings machen sich unsere Papierindustriellen keine allzu großen Kopfschmerzen darüber, letzten Endes sind ja doch die Arbeiter die Geoprellten, sie müssen sich neben der Arbeitszeitverkürzung auch noch Lohnreduzierungen gefallen lassen. Obwohl nun die Wirtschaftskrisen die Folgen einer Ueberfüllung des Weltmarktes sind und obwohl ein Teil der Papierfabrikanten die Fabrikationseinschränkungen beschlossen hat, der andere Teil sich in den Fachzeitschriften wegen dieses Problems die Finger wundschreibt, können es einige Fabrikanten doch nicht unterlassen, ihr Arbeiterpersonal zu erhöhten Leistungen anzutreiben. In der oben schon zitierten Nummer der „Papier-Zeitung“ schildert ein Fabrikant dieses Gebahren seiner Kollegen unter dem Titel „Papiermarkt“ in folgenden Sätzen: „Anstatt für die erhöhten Unkosten einen Ausgleich in den Verkaufspreisen zu schaffen, wie dies jeder vernünftige Kaufmann tut, simt der Papierfabrikant darüber nach, wie es zu schaffen ist, daß das Papier noch wieder einige Meter schneller über die Maschine jagt.“ Ironisch aber bemerkt er sodann: „Ich sehe schon in Zukunft Maschinenführer und Gehilfen beritten gemacht.“ Der Mann kennt jedenfalls seine Pappenheimer. Anerkennenswerterweise schaut er sich nicht, seinen Kollegen die Folgen einer derartigen Heßarbeit vor Augen zu führen. Er schreibt nämlich dann weiter: „Und daß diese Heß- und Jagerei die Gesundheit der Angestellten und Arbeiter frühzeitig zugrunde richtet, ist sicher. Die dicksten Nerven werden schließlich hierbei zu Spinnwebefäden, und ein ruhiges Zusammenarbeiten aller Organe wird durch nervöse Ueberreizung immer schwerer.“

Sehr richtig! muß man zu diesen Ausführungen sagen. Die im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierindustrie haben bereits im Mai dieses Jahres in einer Konferenz in Dresden zu den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Papierindustrie Stellung genommen, und zum Schutze der gehehnten Arbeiterschaft gesetzgeberische Maßnahmen gefordert. Die auf dieser Tagung zutage geförderten Mißstände haben die Verhältnisse in der Papierindustrie drastisch beleuchtet. Da aber ein hungriger Magen revolutionäre Gedanken erregt, so versuchen die Papierfabrikanten die Not und das Elend ihrer Arbeiter mittels Wohlfahrtsvereinigungen zu überdünken. Einige Fabrikanten glauben sogar, durch Heranzüchten gelber Sumpfpflanzen die elende Lage ihrer Arbeiter verdecken zu können. Im letzten Viertel dieses Jahres scheint aber auch bei unseren Papierindustriellen eine etwas bessere Meinung über die Organisation ihrer Arbeiterschaft eingezogen zu sein. Herr Generalsekretär Ditzes, der Vorsitz des „Verbands deutscher Papierfabrikanten“, hat noch nie eine Bewegung der Arbeiterschaft mit Ausnahme der Gelben für berechtigt anerkannt. Aber auch er scheint sich nun zu einer besseren Einsicht durchgerungen zu haben. In einem Artikel, betitelt: „Die Streikversicherung innerhalb der deutschen Industrie“ kommt der Herr zu folgendem beachtenswerten Satze: „Es wäre ein Unrecht gegen die Arbeiter, wenn man einem Arbeitgeber, der infolge seiner Lohnrückerei seinen Berufsgenossen eine schandvolle Konkurrenz bereitet und bei dem gegen den Willen seines Arbeitgeberverbandes wegen Verzögerung von Lohn-

erhöhungen ein Streik ausbricht, später auch noch Streikunterstützung ausbezahlt wolle.“

Da in der Papierindustrie und namentlich auch bei einem Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes die schandvolle Konkurrenz und die Lohnrückerei unbestreitbar vorhanden ist, wird es uns freuen, in Zukunft Herrn Ditzes als Verbündeten begrüßen zu können. Durch die Ausführungen dieses Arbeitgebersekretärs ist aber auch bestätigt, daß die Organisation der Arbeiter preisregulierend zu wirken vermag. Es ist deshalb zu hoffen, daß sich der Arbeitgeberverband auch noch zur Anerkennung der Gewerkschaften durchringt.

Un der Papierarbeiterschaft liegt es deshalb, im neuen Jahre tatkräftig für ihre Berufsorganisation zu wirken. Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, an der Gesundung ihres Berufes mitzuhelfen, sie hat die Lohnrückerei innerhalb der Papierindustrie zu bekämpfen. Nachdem sich sowohl der Staat wie auch der überwiegende Teil der Gemeinden weigert, die Arbeitslosen tatkräftig zu unterstützen, ist die Arbeiterschaft auf ihre eigene Kraft angewiesen. Diese Kraft kann aber erst dann zur Geltung kommen, wenn sie vereinigt ist im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Einigung zwischen dem Arbeitgeberverband und der Arbeiterorganisation in der Papierindustrie.

Seit längerer Zeit bildeten die allgemeinen Bestimmungen der Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband in der Papierfabrikation den Grund zu ausgeprägten Debatten. Es ist nun in letzter Zeit gelungen, eine Einigkeit dahingehend herbeizuführen, daß dieselben in allen in der Papierstoffindustrie vorhandenen Verträgen gleichlautend sein sollen. Der Arbeitgeberverband, welcher so mit der Organisation der Arbeiter zur Sicherung des Friedens gearbeitet, hat seinen Sitz in dem herrlichen Kulturstaat Deutschland — nicht aber in dem kleinen nordischen Staate Schweden.

Trotz alledem erfreuen sich die schwedischen Papierfabrikanten der besten Gesundheit und haben nach den letzten Marktberichten bessere Erfolge zu verzeichnen, als ihre deutschen Schmutzkonzurrenten.

Papierarbeiter und christliche Gewerkschaften.

Um die Organisation der Papierarbeiter hat sich der Deutsche Fabrikarbeiterverband schon seit zwanzig Jahren große Mühe gegeben. Mehr als 10 000 Papierarbeiter und -arbeiterinnen kämpfen unter seiner Flagge um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. So haben die Kollegen und Kolleginnen im Jahre 1912 für 567 Arbeiter 2047 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 5339 Kollegen ohne Arbeitszeitverkürzung eine wöchentliche Lohnerhöhung von 10 887 M. errungen. Es seien diese Tatsachen nur festgesetzt, um unsern Kollegen ein Urteil über die Erfolge des Fabrikarbeiterverbandes zu ermöglichen.

Neben dem Fabrikarbeiterverband hat sich noch der christliche Fabrikarbeiterverband, Sitz in Wittenberg, und in neuester Zeit auch der „Christliche Graphische Zentralverband“ der Organisation der Papierarbeiter genähert. Der christliche Fabrikarbeiterverband ist sowohl mit seiner Mitgliederzahl, wie auch mit seinen Erfolgen in der Papierindustrie, unbedeutend geblieben. Nicht besser ist es mit dem „Christlichen Graphischen Zentralverband“. Dieser kleine Verein hat allerdings stolz, daß er schon tausend Mitglieder aus der Papierindustrie in seinen Reihen zähle und manche tausend Mark Mehrerwerb erreicht habe. Allen Weisheit, verehrter Bruder in Christo! Es ist nur schade, daß man das Wortchen „manche“ in jedem Märchenbuch findet. Als vor einiger Zeit der „Christliche Zentralverband“ in Dänemark ein Papierarbeitersekretariat errichtete, sprachen einige Verbandsorgane der freien Gewerkschaften die Meinung aus, daß mit einer so kleinen Zahl von Mitgliedern und mit einem so unbedeutenden Reichtum der reichen Papierfabrikanten wohl nicht zu befämpfen seien. Erbsi und zugleich triumphierend verläutet deshalb die „Graphische Stimme“ (Nr. 22) folgendes: „Auf Geld allein kommt's nicht an, sonst würde es längst wohl kaum noch einen Streik geben. Im übrigen haben wir kürzlich mehrere Tänge getan, wo das Zanggeld dem Arbeitgeber alles in allem mindestens 60 000 Mark gelöst hat.“ Und gottschneubend heißt es weiter: „Macht's nach, ihr von der roten Couleure! Eure armen von euch bedrückten Papierarbeiter in Sachsen und Thüringen werden's euch danken!“

Wenn der „Graphische Zentralverband“ es öfters so macht, wie im Lembergsdorf, wo seine Mitglieder in einer Lohnbewegung zweimal unter Kontraktbruch die Arbeit niederlegten, so ist das Zanggeld schon verhänglich.

Arme verführte sächsische und thüringische Papierarbeiter, werft die „rote Couleure“ von euch, mit Buße und geht in den Dänemark Zentrumsbau! Ihr müßt aber dann auch trenn zur schwarzen Fahne halten, sonst werdet ihr benutzert. In Nr. 20 der „Graphischen Stimme“ berichtet nämlich das „Papierarbeitersekretariat“ über eine Betriebsversammlung in Kreuzau. Es sei ein Ausführgmitglied, welches als sehr besonnen galt, der Sache untreu geworden und mache jetzt die andern Mitglieder abspenstig. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Nach allem, was in der Versammlung vorgebracht wurde, scheint es an der Zeit zu sein, daß die Kollegen, die über die Arbeiterqualität des abgeprägten Ausführgmitgliedes informiert sind, dem Arbeitgeber persönlich reinen Wein einschenken, dann wird schon der Wind umschlagen.“

Das nennt man auf den Deutsch eine Schmutzerei. Die Arbeiter werden direkt und offen aufgefordert, ihren Mitarbeiter beim Unternehmer anzuschwärzen. Und warum? Weil er der christlichen Fahne untreu geworden ist. Deshalb soll er demütigt und, wenn möglich, aus Lohn und Brot gebracht werden. Das ist christlich, echt christlich — in Gänzlich selbstverständlich. Und diese Christen nennen den biblischen Judas einen Sünder! —

Haben wir am Anfang dieses Artikels die Erfolge verglichen, so wollen wir jetzt noch die Mitgliederzahlen etwas betrachten. Der „Graphische Zentralverband“, welchem außer den Buchdruckern das ganze graphische Gewerbe, die Papierverarbeitungs- und -zeugungsindustrie angehört, zählte am 30. Oktober 1913 mit seinen angeblich 1000 Papierarbeitern ganze 2750 Mitglieder. Der Fabrikarbeiterverband zählt über 200 000 Mitglieder, darunter mehr als 10 000 Papierarbeiter und -arbeiterinnen. Daraus schon dürfte zu ersehen sein, in welcher Organisation die Interessen der Papierarbeiter wirksam gewahrt werden.

Ein Explosion von Papierstaub

Wurde in einer Papiermüllfabrik in Courcoing (Frankreich) am 31. Mai dieses Jahres beobachtet. Sie hätte den Tod zweier Menschen zur Folge. Herr Albert Bonn, Direktor des städtischen Laboratoriums in Lille, wurde vom Untersuchungsrichter beauftragt, die Ursachen dieser Explosion, für die man bisher keine Vorgängerinnen hatte, zu bestimmen. Das Ergebnis der Untersuchungen des sachverständigen Chemikers Bonn liegt jetzt auch in der deutschen Sprache vor. Direktor Bonn hat sich behufs genauer Untersuchung mit der Versuchstation in Liévin in Verbindung gesetzt. Diese wurde vom Zentrallabor der Steinkohlengruben Frankreichs nach dem schrecklichen Grubenunglück in Courrières geschaffen, um die Kohlenstaubexplosionen planmäßig zu erforschen. Bei den Untersuchungen in Liévin zeigte sich, daß der Papierstaub in hohem Grade entzündbar ist und bei Vermischung mit Luft und bei Berührung mit einer Flamme in einem abgeschlossenen Raume eine Explosion heraufzuziehen kann. Der Grad der Entzündbarkeit ist ungefähr derselbe wie der des sehr feinen Kohlenstaubes von Liévin, der 30 v. H. flüchtige Stoffe enthält. Ungeachtet dessen ist die Explosion in Courcoing, als in der Staublamme der aus Luft und Papierstaub gebildete Nebel mit einer Flamme — man arbeite in der Kammer bei Laternenlicht — in Berührung kam. Die Entzündung durch einen elektrischen Funken (der vielleicht durch Reiben einer Scheffel an den Ziegeln des Bodens der Staubkammer entstanden sein könnte) ist ausgeschlossen. Man hat vergeblich versucht, die mit Getreide- oder Mehlstaub geladene Luft durch elektrische Funken zur Entzündung zu bringen. Der Getreide- oder Mehlstaub ist aber in weit höherem Grade entzündbar als Papierstaub. Direktor Bonn empfiehlt bei Reinigung von Staubkammern anstatt gewöhnlicher Laternen tragbare elektrische Lampen zur Beleuchtung.

Einmal.

In einer Papierfabrik in Jülich geriet ein 16jähriger Arbeiter mit der linken Hand unter das Messer der Schneidemaschine und verlor vier Finger.

zum neuen Jahre

Aus Eiskristallen wachsen Rosenbänder,
Und junge Hoffnung schlingt sie sich ins Haar...
Ein Jahr verflank — es stieg ein neues Jahr
Aus Frost und Dunkel über alle Länder!

Nichts Müdes gilt nun, da die Frührotzacken
Der Neujahrstag schob aus der Dunkelheit!
Nun schafft auch ihr voll Kraft am Bau der Zeit,
Die euch der Alltag zwingt ins Joch den Nacken!

Wollt nur! — die Stunde kommt die euch erfüllt
Das Schöne, das euch hebt aus Qual und Schmerzen!
Gar hell erstrahlt der Freiheit hehres Bild

Und lacht euch an mit Augen mild und klar!
Mach stark, unbeugbar Willen uns und Herzen,
Auf daß wir siegreich sind, du neues Jahr!

Chemische Industrie

Die chemische Industrie der Kleinstaaten.

II.

U S h n e.

In dem Bericht der Bergbehörde Sachsen-Weimars finden sich Mitteilungen über die Durchschnittslöhne der Kaliarbeiter. Soweit dabei die Löhne von Kalifabrikarbeitern in Betracht kommen, seien diese für mehrere Jahre angeführt. Es betrug der durchschnittliche Schichtlohn für Fabrikarbeiter in der Fabrik des Kaliwerkes:

	1910	1911	1912	Steigerung + Mäßigung — von 1910 bis 1912
Kaiserode	3,64	3,70	3,81	+ 4,5 %
Alexandershall	3,86	3,75	3,91	+ 1,3 %
Großherzog Wilhelm Ernst	—	4,04	3,70	- 8,5 %
Thüringen	3,98	4,07	4,06	+ 1,5 %
Waldenberg	3,67	3,99	4,31	+ 17,3 %

Wie die Tabelle zeigt, hat nur Waldenberg eine nennenswerte Lohnerhöhung aufzuweisen. Dagegen wolle die Steigerung von 1,3 bis 4,5 Prozent im Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise in der gleichen Zeit gar nichts besagen. Sie beweisen nur, daß sich die Lebenslage der Arbeiterschaft verhältnismäßig verschlechtert hat. Besonders auffallend aber ist der Lohnrückgang um 8,5 Prozent auf dem mit dem vornehmen Namen prunkenden Werk: Großherzog Wilhelm Ernst. Wahrscheinlich glaubt die Direktion, daß die Arbeiter stolz sind, für niedrigeren Lohn auf dem Werke mit dem hoch klingenden Namen arbeiten zu dürfen. Es muß auf Grund dieser erheblichen Lohnreduktion die Frage aufgeworfen werden, ob nicht ein Verstoß gegen das Kalifgesetz vorliegt.

Auch der Beamte für Anhalt gibt über die Durchschnittslöhne der Kaliarbeiter nähere Auskunft. Es verdienen die über Tage beschäftigten Arbeiter durchschnittlich pro Schicht:

	1910	1911	1912	Steigerung von 1910 bis 1912
Erwachsene Arbeiter	3,94	4,—	4,15	5 %
Jugendliche und Frauen	1,39	1,51	1,65	20 %

Interessante Ergebnisse erzielte der gleiche Beamte durch eine Erhebung über die Durchschnittslöhne der Arbeiter der chemischen Industrie Anhalts. Von den 56 Betrieben mit 4052 Arbeitern erforschte er in 11 Betrieben mit rund 3000 Arbeitern,

das sind zwei Drittel sämtlicher Arbeiter der chemischen Industrie Anhalts, die Durchschnittslöhne. Leider sind die Namen der Firmen nicht genannt. Es ergaben sich durchschnittliche Schichtlöhne von 3,81, 3,97, 3,99, 4,06, 4,10, 4,29, 4,35, 4,35, 4,47, 4,72 5,03 Mark. Seinen Berechnungen nach betrug die Lohnsteigerung von:

	1893—1903	1903—1912
bei den niedrigsten Durchschnittslöhnen	16,5 %	3,0 %
bei den höchsten Durchschnittslöhnen	8,0 %	21,2 %

Während von 1893 bis 1903 die niedrigsten Löhne die höchste Steigerung aufwiesen, trat in der Periode von 1903 bis 1912 das Umgekehrte ein. Die ermittelten Lohnsätze stehen jedoch zum größten Teile nicht im Einklang mit den zum Lebensunterhalt notwendigen Summen im Einklang; sie beweisen, daß es zu ihrer Verbesserung noch mancher Organisationsarbeit bedarf.

Sonstiges.

Unter dieser Rubrik wäre noch mitzuteilen, daß der Geschäftsgang der Rindwarenfabriken allgemein als unbefriedigt geschilbert wird. In Anhalt ließen sie wöchentlich nur 50 Stunden arbeiten. Die größte Rindhofzfabrik nahm nebenher noch einen andern Fabrikationszweig auf, um die vorhandenen Arbeitsräume auszunutzen und größeren Arbeiterentlassungen vorbeugen zu können. So zeitigt die „glorreiche“ Finanzreform recht üble Folgen mit oft schlimmen Begleiterscheinungen für die Arbeiter.

Statistik.

Zum Schluß wollen wir noch das Wachstum der chemischen Industrie Deutschlands an einigen Zahlen darlegen. Es waren vorhanden und wurden revidiert Betriebe und Arbeiter:

In den Bundesstaaten	Revisionspflichtige Betriebe	davon revidierte Betriebe		Arbeiterzahl revidierpflichtiger Betriebe	Von der Revision erfasste Arbeiter		
		absolut	%		absolut	1912	1911
Preußen	1625	1254	78,4	105 785	100 317	94,5	95
Bayern	281	185	66	24 390	22 687	93	94
Sachsen	288	213	76	9 256	8 136	87,5	81
Württemberg	91	77	84,6	2 889	2 800	96,8	92
Baden	57	45	79	4 902	4 596	94	100
Hessen	90	74	82	6 713	6 512	97,3	98
Uebrig Klein- staaten	397	259	65	14 317	11 848	82,8	86
1912	2897	2107	75	168 252	156 896	93,2	—
1911	2699	2037	75,5	156 405	146 785	93,7	—

Bei Betrachtung der Verhältniszahlen über die Revisionspflichtigkeit ergaben sich für das Reich fast die gleichen Zahlen wie im Vorjahre, dagegen erhebliche Abweichungen in den einzelnen Ländern. Die Zahl der revidierungspflichtigen Betriebe nahm zu um 198 gegen 21, die Zahl der Arbeiter nahm zu um 11 847 gegen 8289 im Jahre 1911.

Nachfolgend sei eine Tabelle, die die Zahlen der ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen der Arbeiterinnen und jugendlichen Personen enthält, mitgeteilt:

Jahr	Zahl der Zuwiderhandlungen		Bestrafungen
	Betriebe	Fälle	
1910	a) Arbeiterinnen.		10
	165	212	
	85	102	
1911	b) Jugendliche Arbeiter.		9
	66	81	
	118	149	
1912	a) Arbeiterinnen.		15
	66	81	
	118	149	
1911	b) Jugendliche Arbeiter.		9
	63	77	
	81	95	
1912	a) Arbeiterinnen.		7
	66	81	
	118	149	

Die ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen der Arbeiterinnen erfuhren eine Abnahme, die ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen

jugendlicher Personen eine Steigerung. Die Zahl der Bestrafungen steht im schärfsten Kontrast zu den ermittelten Uebertretungen und Vergehen. Die Arbeiterschaft hat sich einer solch großen Nachsicht nicht zu erfreuen.

Zimmer noch viel zu freigebig sind die Behörden mit der Bewilligung von Ueberstundenarbeit für Arbeiterinnen, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Bewilligungen	Betriebe	Arbeiterinnen	Tage zur Ueberstundenarbeit	
				an Werktagen	an Sonntagen und Feiertagen
1910	146	57	4827	1321	68 020
1911	103	56	4431	1039	68 434
1912	105	56	3530	879	55 221
1910	—	9	182	552	5 532
1911	—	8	124	222	4 570
1912	6	4	34	165	3 460

Könnte man bei den Zuwiderhandlungen teilweise und bei der Bewilligung von Ueberstundenarbeit für Arbeiterinnen im allgemeinen eine rückläufige Tendenz erkennen, so liegt die Sache hingegen bei der Bewilligung von Sonntagsarbeit für erwachsene Arbeiter gerade umgekehrt. Trotz der vielen gesetzlichen Ausnahmen, die beim chemischen Fabriken zugelassen sind, steigt fortgesetzt die von den Verwaltungsbehörden bewilligte Sonntagsarbeit, wie nachstehende Tabelle beweist. Es betrug die

Jahr	Betriebe	davon beschäftigten Arbeiter	Zahl der Sonntagsarbeit	
			Leitenden	Ueberstunden
1910	41	11 551	1583	98
1911	68	27 202	3713	229
1912	77	28 845	4345	241

Die Zahl der Betriebe, in denen Sonntagsarbeit geleistet wurde, nahm in diesen 3 Jahren um 43 Prozent, die Zahl der Sonntagsarbeit Leitenden um 172 Prozent, und die Zahl der von ihnen geleisteten Ueberstunden um 215 Prozent zu. Während 1910 von den Arbeitern der Betriebe, in denen Sonntagsarbeit gestattet war, nur 13 Prozent zur Sonntagsarbeit herangezogen wurden, waren es 1912 schon 15 Prozent. Diese Häufung von Sonntagsarbeit läßt sich nach unserer Auffassung weder mit der Zunahme der Betriebe in der chemischen Industrie, noch mit der Eigenart der Produktionsprozesse verteidigen. Die Unmenge von Ausnahmestimmungen verleiht die chemische Industrie in die Lage, kontinuierliche Betriebe im Gange zu halten. Mehr bedarf es auch an Sonntagsarbeit nicht. Wenn infolge guten Geschäftsganges oder kleinerer Störungen im Produktionsprozeß immer gelegentlich Bewilligung von Sonntagsarbeit beantragt und in den meisten Fällen erreicht wird, dann ist es endlich an der Zeit, daß einmal mit dem Zustand gebrochen und die weitere Bewilligung von Sonntagsarbeit auf das Allernotwendigste beschränkt resp. ganz beseitigt wird.

X Aus dem Königreich Preußen.

Die Menschheitsbegüter in Beverlufen haben eine neue Wohlthat ausgebeutet: eine Karl-und-Johanne-Duisberg-Aussteuer-Stiftung. Karl Duisberg, doppelter Doktor, einfacher Professor, Wohlthäter der Menschheit und Sachverständiger in Militärlebensversicherungsangelegenheiten, hat am 29. September des Jahres 1913 mit seiner Frau Johanne, geb. Seebohm, das Fest der silbernen Hochzeit gefeiert und dieses Ereignis zum Anlaß genommen, seine ohnehin schon allbekannte Arbeiterfreundlichkeit aufs neue zu betätigen. Er hat ein Kapital von 20 000 Mark als Grundstock der einleitend benannten Stiftung bewilligt. Das heißt, eigentlich hat er nicht diese 20 000 Mark, sondern nur die Zinsen dieser Summe hergegeben. Aus diesen Zinsen sollen alle Arbeiterinnen, die mindestens 5 Jahre ununterbrochen in den Fabriken beschäftigt sind, einen Zuschuß zu ihrer Aussteuer erhalten. Wieviel sie erhalten sollen, wird nicht bestimmt — das hängt ab von der Artigkeit und der Beschaffenheit der fremden Bewerberinnen. Festgelegt ist dagegen, daß Arbeiterinnen, die einen Arbeiter oder Beamten

Krise.

1.

„Und so schliche ich: Wenn je das Wort — Me für einen — Anwendung finden muß, so jetzt. Die Direktion will von unsern Kollegen zweihundert auf das Pfaster setzen. Sie begründet es mit der Krise, die gegenwärtig herrscht. Nun gut, wir können das Unglück der Entlassung von unsern Kollegen abwenden, indem wir der Direktion den Vorschlag unterbreiten, die Arbeitszeit so zu vergrößern, daß die zweihundert Kollegen weiter beschäftigt werden können.“

Die Worte des Arbeiters, der so einfach und schlicht gesprochen hatte und dessen Blick nun erwartungsvoll über die Versammlung glitt, fanden allgemeine Zustimmung. Nur eine kleinere Gruppe in einer Ecke des Saales murmelte laut. Der Arbeiter fuhr fort:

„Ich weiß, es ist ein Opfer, das verlangt wird, ein Opfer, das jeder einzelne leisten muß. Es ist die Weihnachtszeit. Jeder von uns hat größere Aufgaben. Viel vielen ist ohnehin die Not groß. Aber wir müssen bedenken, in welcher Not auch unsere arbeitslosen Kollegen! Wie ich bitte euch, legt ihnen ein Geschenk eurer Solidarität auf den Weihnachtstisch. Alle für die Einen, die entlassen werden sollen! Wir machen — das erhebe ich zum Antrag — der Direktion den Vorschlag, sie solle keinen der Kollegen entlassen und dafür die Arbeitszeit lieber auf täglich sechs Stunden vergrößern.“

Nun erhob sich ein brausender Beifall, der den Widerspruch einiger Arbeiter unterdrückte.

„Wünscht von den Kollegen jemand zu diesem Antrag das Wort?“ fragte der Vorsitzende.

„Abstimmen!“ tönte es ihm entgegen.

„Ich will das Wort!“ rief eine Stimme.

„Der Kollege Warz hat das Wort!“ sagte der Vorsitzende.

Ein Mann drängte sich durch die Menge auf das Podium. Dort angekommen, warf er einen besorgten Blick über die Versammlung. Dann begann er mit scharfer Stimme:

„Der Antrag ist ein Unsinn. Jeder von uns braucht jetzt kein Geld. Wenn die Direktion zweihundert Mann entlassen muß — na, — dann muß sie sie eben entlassen und die Entlassenen müssen eben zusehen. Aber daß ich weniger verdienen soll, damit sie in Arbeit bleiben, das sehe ich nicht ein. Ich bin mir selbst der nächste. Der Antragsteller will nur seiner Organisation die Arbeitslosenunterstützung ersparen, damit sich die Beamten besser machen können.“

Wetter kam er nicht, ein donnerndes „Pui!“ fegte ihn vom Podium. Mit einem zynischen Lächeln trat er ab. Der Vorsitzende schwang die Glocke. Als wieder Ruhe eingetreten war, sagte er:

„Ich konstatiere hiermit nur, daß der Kollege Warz Mitglied des nationalen Verbundes ist. Wünscht sonst noch jemand das Wort?“

„Abstimmen! abstimmen!“ schallte es aus der Versammlung.

Der Antrag, durch eine verlängerte Arbeitszeit der Entlassung von zweihundert Kollegen vorzubeugen, fand die übergroße Mehrheit. Die

Direktion ging am andern Tag auf den Vorschlag ein, trotzdem der Werkverein dagegen protestiert hatte. Mehr als tausend Arbeiter opferten jede Woche ein Drittel ihres Lohnes, damit ihre Kollegen nicht arbeitslos wurden.

„Mutter“, rief der Arbeiter, der in der Versammlung den Antrag gestellt hatte, als er nach Hause kam, „diese Weihnachten müssen wir ein wenig knapp machen!“

„Wie?“ fragte seine Frau. Er erzählte ihr die Angelegenheit.

„Na, da hat doch jeder wenigstens etwas und keiner kommt ganz in Not“, erklärte die Frau.

„So hab' ich's auch gemeint“, antwortete der Arbeiter und lachte über das ganze Gesicht.

Sie waren vor Jahren zwei gute Freunde gewesen. Das Leben hatte sie getrennt und jeden in andre Bahnen gelenkt. Und jetzt trafen sie sich, beide von der Krise auf die Straße gelegt. Dem einen sah die Not aus dem Anzug, der sahlen Wangen, den trostlosen Augen; der andre war ärmlich, aber immer noch sauber und warm genug gekleidet. Sein Gesicht war mager und abgezehrt, doch in seinen Augen loderten keine Flammen der Verzweiflung; Hoffnung und Zuversicht, ein sicheres Selbstvertrauen brühte sich in seinen Mienen und seiner Haltung aus.

„Mensch, was soll das werden? Sechs Wochen schon laß' ich herum und nichts zu finden — nirgends ist was los — ich hab' schon alles versucht —“, klagte der eine und stierte an seinem früheren Freund vorbei in das Leere.

„Ich bin auch schon acht Wochen außer Arbeit“, sagte der andre. „Man muß sich halt durchbeugen in einer solchen Zeit. Die Hauptsache ist, daß wir draus lernen. Wir schaffen die Arbeitslosigkeit nicht. Also müssen die dafür verantwortlich gemacht werden, durch die diese Zeiten kommen. Wenn die Zeiten gut sind, müssen wir uns solche Arbeitsbedingungen erringen, daß wir die schlechten Zeiten überwinden können.“

„Aha, das sind jetzt alles doch nur Reden“, jammerte der erste wieder.

„Ich hab' schon gebettelt, nicht nur um Arbeit, auch um ein Stüdel Brot. Du scheinst es ja noch ganz gut zu haben? Du hast dir wohl was zurückgelegt?“

„Zurückgelegt!“ entgegnete der zweite, „die Zeiten sind vorbei. Aber organisiert hab' ich mich und meine Beiträge bezahlt.“

„Mensch, dann bist du auch einer von den Sozi!“ kicherte der erste.

„Nun, das laß' dir gefallt sein; ich verheiß' noch nicht viel von dem, was die Sozialdemokraten wollen. Aber einen Menschen haben sie aus mir gemacht, einen Menschen, der auch in der Not noch ein Mensch bleibt und bleiben kann, weil er einen Halt in seinen Kameraden hat“, sagte der andre ernst.

Der erste schaute ihn mit einem langen Blick an, dann an sich selbst herunter. Er seufzte tief auf und ging nach einem glühenden und neidvollen Blick auf seinen früheren Freund ohne Gruß von dannen.

Von der vorübergehenden Arbeitsfuge kam er nach Hause. Dem Blick seiner Frau wirkte er ausweichend. Aber sie hielt ihn glückselig und Postkarte unter die Augen. Er las:

„Auf Ihre neuliche Anfrage um Beschäftigung als Polsterer teilen wir Ihnen mit, daß gegenwärtig eine Stelle bei uns zu besetzen ist. Neben Sie sich unter Vorzeigung dieser Karte in unserm Einstellungs-
bureau.“

Sie hatte beim Lesen glücklich lächelnd ihren Mann angeschaut. Auch über sein Gesicht ging ein Hoffnungsstrahl. Er drückte seine Frau liebe an sich. Dann legte er den Brief auf den Tisch. „Was er durch die Straßen schritt, sah ihm die Welt ein ganz andres Aussehen genommen zu haben. Des Regens, den ihm der Dezembersturm ins Antlitz peitschte, achtete er nicht. Leicht, elastisch wie früher, ging er seines Weges. Als er in die Straße einbog, in der die Fabrik lag, trat ihm ein Mann entgegen und sprach ihn an:

„Kollege?“

„Er blieb stehen.“

„Suchst du hier Arbeit?“

„Ja, ich habe eine Karte gekriegt.“

„Wir stritten, Kollege.“

Diese letzten Worte fielen ihm schwer auf das Herz. Aber keinen Augenblick bebann er sich. Die Karte, die er mit der Hand in seiner Tasche festgehalten hatte, zog er heraus und zerriff sie. Der Streitende gab ihm noch eine kleine Aufklärung. Der Fabrikleiter wollte, trotzdem der Betrieb unter der Krise infolge glücklicher Umstände nicht zu leiden hatte und genügend Aufträge vorlag, die Zeit ausnützen und die Löhne um fast ein Drittel herabsetzen. Auf die Bitte der Arbeiter, doch davon abzusehen, wurde ihnen erwidert, wenn es ihnen nicht passe, könnten sie gehen; er bekäme auf jeden zehn andre Arbeiter, die froh wären, Beschäftigung zu jedem Lohn zu erhalten. Die Arbeiter hätten dieser Erpressung nicht nachgeben können, um so mehr nicht, als die Fabrikleitung ausdrücklich und untergezeichnet den Tarif anerkannt habe. So sei es zum Streit gekommen.

Der Arbeiter ging wieder nach Hause. Auch auf diesem Wege war ihm frei und leicht zumute. Zu Hause angelangt, hingten die Blide seiner jungen Frau sofort in hoffender Frage an ihn. Er antwortete ruhig:

„Da wird gestreikt!“

„Aus dem Gesicht der jungen Frau wich das Blut und Tränen traten in ihre Augen.“

„Und deshalb wolltest du nicht anfangen?“

„Eine kleine Wolke des Unmuts zog über sein Antlitz.“

„Über Oma!“

„Sie schwieg, und ein harter, bitterer Zug legte sich um ihren Mund.“

Da sagte er sie an der Hand, schaute sie ernst an und fragte:

„Wilst du einen ehrlichen Arbeiter zum Mann haben — oder einen Lumpen?“

Der bittere Zug um ihren Mund verwand sofort; schmerzhaft zwar, doch glücklich, lächelte sie zu ihm empor.

„Ich bin ja dumm! Wir werden schon hüberkommen aber diese Zeit.“

Sepp Dexter im „Vorwärts“.

